



Kathrin Vogler

Mitglied des Deutschen Bundestages

Friedens- und Gerechtigkeitslogik oder Kriegs- und Interventionslogik?

Vor kurzem sind einige GenossInnen meiner Partei mit einer Erklärung unter dem Titel "Kobanê retten" an die Öffentlichkeit getreten, in der sie eine militärische Unterstützung der um Kobanê in Nordsyrien/Rojava gegen die IS-Truppen kämpfenden kurdischen Einheiten für "unumgänglich" erklären. Zu diesem Zweck fordern sie, dass der UN-Sicherheitsrat "die notwendigen Maßnahmen gemäß der UN-Charta beschließt".

Als politische Pazifistin lehne ich diese Erklärung ab. Sie ist politisch falsch und stellt die Weichen in eine fatale Richtung. Ein besonderer Wert der Partei DIE LINKE besteht für mich und viele andere darin, dass sie die herrschenden Dogmen einer Kriegs- und Interventionslogik gerade nicht unhinterfragt übernimmt, sondern ihre Außenpolitik an den Werten Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität ausrichtet. Die Mittel, die diesen Werten am ehesten entsprechen, sind Abrüstung, Umverteilung und Gewaltverzicht.

Ich verstehe, dass Menschen angesichts der brutalen Gewalt in den kurdischen Gebieten Syriens und Nordiraks, die von den IS-Kämpfern ausgeübt und zynisch noch in Propagandavideos vorgeführt wird, verzweifelt nach kurzfristigen und wirkungsvollen Mitteln suchen, diese Grausamkeiten so schnell wie möglich zu beenden. Ich verstehe auch, dass es Politikerinnen und Politikern ausgesprochen schwer fällt, diesen Menschen zu sagen: "Wir haben keine kurzfristige Lösung, keine schnelle Rettung." Aber das gehört meiner Ansicht nach zum emanzipatorischen Anspruch einer LINKEN dazu: den Menschen gegenüber ehrlich auch die Grenzen unserer Möglichkeiten zu benennen.

Die Erklärung "Kobanê retten" verweigert diese Ehrlichkeit. Sie arbeitet mit Illusionen und Schlagworten, statt über reale Handlungsmöglichkeiten aufzuklären und diese in die Debatte zu bringen.

Ich bin gefragt worden, was ich an dieser Erklärung verändern würde, damit ich ihr zustimmen könnte und muss zugeben: Ich habe keine Änderungsvorschläge. Ich will mich auf die Denkweise dieser Argumentation nicht einlassen, die ich für grundlegend falsch halte. Warum?

- Die VerfasserInnen suggerieren, dass ein UN-Sicherheitsratsbeschluss möglich wäre, der militärisches Eingreifen zugunsten von Kobanê legitimiert. Seit der UN-Sicherheitsratsresolution 1973, welche als Legitimation für den Angriff auf Libyen gedient hat, und vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem blutigen Regimewechsel in Libyen sind allerdings China und Russland aus guten Gründen vorsichtig geworden, den USA und ihren Verbündeten Freibriefe für militärisches Eingreifen zu erteilen. Zudem setzen China und vor allem Russland auf Assad, dessen Sturz ihren Einfluss in der Region drastisch verringern und den der Islamisten erhöhen würde. Die US-Regierung und ihre Verbündeten haben ihrerseits kein Interesse, auf Russland zuzugehen und eine Resolution zu erwirken, die möglicherweise die Position von Assad in Syrien stärkt. Sie setzen lieber ihr völkerrechtswidriges Bombardement fort.

- **Die VerfasserInnen verschweigen, wer ihrer Ansicht nach in welchem Umfang militärische "Unterstützung" für die kurdischen Selbstverteidigungskräfte leisten soll.** Lediglich die Forderung nach militärischem Engagement zu erheben, ohne den gewünschten Beitrag Deutschlands genauer zu beschreiben, halte ich für feige und unaufrichtig. Wer sich auf den Weg der militärischen Interventionslogik begibt, muss diese auch zu Ende denken. Tatsächlich kann sich die Bundesregierung schlecht für ein militärisch untersetztes UN-Mandat stark machen, ohne sich mit eigenen Truppen oder zumindest Material an einem solchen Kriegseinsatz zu beteiligen. Die USA und die Türkei haben sich in der Konfliktregion bereits in der Vergangenheit als parteiisch erwiesen. De facto könnte Kobanê heute bereits gerettet sein, wenn nicht die türkische Armee mit stillschweigender Unterstützung Deutschlands und der USA die Grenzen zu Rojava für alle Güter und Menschen geschlossen hielte, nicht aber die Grenzen zu den von IS kontrollierten Gebieten, die für die IS-Kämpfer und deren Nachschub durchlässig sind. Deswegen kann man schlecht auf die NATO-Staaten setzen. Die Beteiligung russischer Einheiten haben die USA nicht einmal zum Schutz der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen auf hoher See akzeptiert. Die USA und die Türkei agieren anhaltend für einen Regimewechsel in Damaskus. Seitens der Regierung Erdogan kommt noch das lebhafteste Interesse an einer Zerschlagung des demokratischen Experiments in Rojava/Nordsyrien hinzu. Diese starken Interessen zu ignorieren, heißt an der Konfliktoberfläche zu bleiben.

- **Wenn die Bundeswehr in Kurdistan militärisch eingreifen soll, dann muss man ihr auch die bestmögliche Ausrüstung zubilligen.** Wer sich in die militärische Logik hineinbegibt, muss auch die Aufrüstung der Bundeswehr und entsprechend hohe Rüstungsausgaben wollen. Den USA, die tagelang zugesehen haben, wie Kobanê an den IS zu fallen drohte, die in der Kriegslogik zweifellos notwendigen Luftschläge zu überlassen, kann keine Lösung sein. Das heißt dann aber, dass man auch für die Bundeswehr oder meinetwegen eine EU-Armee Luftkriegskapazitäten, also im Endeffekt Flugzeugträger, wollen muss. Die Ressourcen, die dafür aufgewendet werden, fehlen anderswo: Bei der Bekämpfung von Armut und Hunger, bei Bildung und Gesundheit, bei der Energiewende und dem Kampf gegen den Klimawandel. Damit verstetigen sie die soziale Spaltung und erhalten die Teufelskreise aus Armut, Elend, Krieg und Gewalt, die den globalen Kapitalismus auszeichnen.

- **Die militärische Interventionslogik weiterzudenken hieße auch, Klarheit über mögliche Kriegsziele und damit über Erfolgskriterien des angestrebten Militäreinsatzes herzustellen.** In dem Papier fehlt jede Perspektive. Wo soll das militärische Eingreifen enden? Nach der Befreiung von Kobanê? Oder sollen die IS-Truppen bis an die Grenze von Rojava bzw. Kurdistans zurückgedrängt werden - und damit ihr Verbleib in anderen Teilen Syriens und des Iraks akzeptiert werden? Oder soll der IS vollständig vernichtet werden? Auch mit dieser Frage müssen sich Vertreter einer Kriegslogik auseinandersetzen. Als LINKE haben wir immer darauf hingewiesen, dass Militäreinsätze von ihrem Ende her gedacht werden müssen und dass kein Militär in einen Einsatz ohne Endscenario entsandt werden darf, wie das die verschiedenen Bundesregierungen stets getan haben.

All diese offenen Punkte halte ich für bedeutsam genug, um diese Erklärung komplett zurückzuweisen. Sie ist nicht verbesserungswürdig. Der so genannte "Krieg gegen den Terror" hat in 13 Jahren keine Erfolge erzielt. Weder gibt es weniger Terror, noch mehr Sicherheit. Im Gegenteil erleben wir eine Ausweitung und Verschärfung der Gewalt und eine nachhaltige Verwüstung der Gesellschaften in den arabischen Ländern, in Teilen Afrikas und im Mittleren Osten. IS ist nicht vom Himmel gefallen. In der Gestalt des IS beobachten wir eine Verrohung, die ohne die Geschichte des "Antiterrorkriegs", des Drohnterrors und der militärischen Interventionen im Irak und Afghanistan, ohne Abu Ghraib und Guantanamo nicht verständlich wäre.

Für DIE LINKE ist es besonders wichtig, ihre Rolle als Friedenspartei auch in diesem Konflikt konsequent durchzuhalten und mit politischen Forderungen und eigenem Handeln zu unterfüttern. Dazu mache ich folgende, ganz konkrete Vorschläge, mit welchen Themen und Projekten diese Rolle ausgefüllt werden kann:

1. DIE LINKE klagt die türkische Regierung an und deckt deren doppeltes Spiel gegen die PKK/PYD und die syrische Regierung auf. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Stimme für eine Entkriminalisierung der PKK und für die Freilassung von Abdullah Öcalan zu erheben. Das würde dem kurdischen Widerstand gegen IS Flügel verleihen und wäre die Basis für eine politische Friedenslösung für Kurdistan und die Region. Nur wenn sich alle säkularen Kräfte in der Region verständigen, gibt es eine Chance, IS zurückzudrängen.

2. DIE LINKE setzt sich für ökonomische Maßnahmen gegen IS ein. Dazu gehören unbedingt ein Ölembargo und ein Einfrieren der Finanzströme. Ein solches Embargo soll auch diejenigen treffen, die als Staaten, Unternehmen oder Einzelpersonen den IS unterstützen. DIE LINKE kämpft gegen Waffenexporte in Länder, die IS direkt oder indirekt unterstützen.

3. DIE LINKE unterstützt die Gemeinden in Rojava beim politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufbau, zum Beispiel mit Schulungen für KommunalpolitikerInnen, Spendensammlungen für Krankenhäuser und Gesundheitsstationen usw. Brot für die Welt hat jüngst auf die Bedeutung solcher Projekte für den Erfolg des demokratischen Experiments in Rojava hingewiesen. Wir fordern von der Bundesregierung ganz konkrete Unterstützung für dieses Experiment.

4. DIE LINKE setzt sich für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein, nicht nur im Bundestag und in den Landtagen, sondern v.a. auf der kommunalen Ebene. LINKE KommunalpolitikerInnen werben aktiv für die Aufnahme und Integration von kurdischen und jesidischen Flüchtlingen sowie anderen verfolgten Minderheiten. Die Bundesregierung fordern wir auf, hierfür die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

5. DIE LINKE unterstützt sinnvolle zivilgesellschaftliche Projekte der Prävention und Aussteigerhilfe für Jugendliche, die vom IS umworben werden. DIE LINKE und ihre Jugendorganisation intensivieren ihre Bemühungen, Arbeiterjugendliche zu organisieren und sie durch politische Bildung gegen Ressentiments und Gewaltbereitschaft zu immunisieren. Um den Opferdiskurs, der ein mächtiges Mobilisierungsinstrument für die Dihadisten ist, zu durchbrechen, brauchen wir Projekte und Kampagnen zur Überwindung von Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit.

6. DIE LINKE fordert von den Vereinten Nationen eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten, an deren Beratungen nicht nur die Regierungen, sondern auch Oppositionsgruppen beteiligt werden müssen. Der Nahostkonflikt ist eine Folie, auf der sich Radikalisierungsprozesse auch hierzulande vollziehen. Deswegen muss der Nahost-Friedensprozess neu gestartet werden mit dem Ziel eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967.

Diese Vorschläge sind im Wesentlichen nicht neu. Trotzdem gibt es viele gute Gründe, sie intensiv zu verfolgen. Keine guten Gründe sehe ich hingegen für eine Abkehr von unseren grundlegenden außenpolitischen Prinzipien. Zu groß ist das Risiko, dass nach einer ersten "Ausnahme" immer wieder neue Ausnahmesituationen genutzt werden, um den Einsatz militärischer Mittel zu normalisieren.

DIE LINKE aber sollte die Partei im Bundestag bleiben, die sich radikal an der Logik des gerechten Friedens orientiert und dazu immer wieder realpolitisch umsetzbare Vorschläge einbringt.